

Geburtensteuer-Pausa
mit der höchsten Geburtensteuer
„Panama“ nicht. Bringsiehe
zu 10, bei Geburtensteuer in den
Kreisstädten zu 10, pro Monat.
Geburtssteuer 10, pro Monat.

Redaktion:
Kommunikationsstrasse 61, 1. Etage.
Sprechende
und Redaktion von 10 bis 1 Uhr.
Telefon: Kast 1, Nr. 4222.

Telegraphen-Dienst:
Arbeiterzeitung Dresden.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 79.

Dresden, Mittwoch den 6. April 1898.

9. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die Bilanz der Panama-Affaire.

Paris, 3. April 1898.

Nach sechs Jahren einer bald schleichenden, bald wie ein Sturmwind über das Land hinwegsausenden Krise ist endlich der Panama-Standort erledigt, aus der politischen Tagesgeschichte ausgemerzt worden. Dieses Ereignis geschah in der Kammerzusage vom 30. März.

Die berühmte Halsband-Affaire, welche in den Geschichtswerken über die große französische Revolution als ein Vorboten der kommenden Umwälzung figuriert, ist ein sitzenes Idyll im Vergleich mit der in der Panama-Affaire offenbarten Fäulnis des herrschenden Regimes. Aber freilich vermag die anonyme Herrschaft einer Klasse bedeutend mehr zu vertragen, als die in einer Dynastie verkörperte Klasse — bzw. Standesherrschaft. Eine französische Monarchie hätte die sechsjährige Krise nicht überleben können. In der Bourgeoiserepublik ist alles beendet durch eine nicht einmal vollständige Auslöschung oder Nekrose der am schwersten kompromittierten Politiker — zu Gunsten anderer — man verzeihe den Ausdruck — anatomisch jungfräulicher Persönlichkeiten, zu Gunsten der „halben Jungfrauen“ der Politik, wie ein „unsterblicher“ französischer Akademiter die junge Generation der bourgeois Politiklaster nennt. Ein paar Ministerwechsel, einige moralisch disqualifizierte Gedanken, einige in den Wahlen durchgefallene Abgeordnete (obendrauf leimweise die schuldigsten), ein zu Gefängnis verurteilter, weil geständiger Minister, Boulaut, ein weicher Rabe unter der Raubpolitikern, der nicht den Hymnus der Ableitung beßt, ein nach dem Tote gebrandmarkter Minister und Kammerpräsident, der auf Nationalosten bestellte Burdeau, schließlich ein des Gesetzesbruches im Interesse der Panamisten überführter Generalstaatsanwalt, Quesnay de Beaurepaire, der gegenwärtig noch den viel höheren Posten eines Vorsitzenden am Rechtsgerichte ziert, — damit sind so ziemlich die handgreiflichen, tagesscheitlichen Folgen des Standorts erschöpft.

Für den füntigen Geschichtsschreiber wird jedoch Panama ein bedeutamer Moment der Verfestigung des Sturzes der Bourgeoisieherrschaft sein. Dieselben elastischen Einrichtungen der republikanischen Staatsform, welche die Überwindung der Krise ermöglicht, haben außerdem, trotz aller Vertuschungsversuche, den unterdrückten Klassen die Fäulnis der herrschenden in ihrer ganzen Radikalität offenbart. Die freie Presse, die parlamentarische Kontrolle, das ministerstützende und die lahme Justiz in Bewegung sepende Interpellationsrecht, das direkte Eingreifen der Kammer vermittelst eigener Untersuchungskommissionen — all diese Sicherheitsventile waren zugleich mächtige Laternen, die in die geheimnisvolle Winkel des panamistischen Augiasstalles hineinleuchteten.

Der politisch rege Teil der Bevölkerung weiß jetzt, welche Ausdehnung und Tiefe die Korruption der herrschenden erreicht hat. Lange Jahre hindurch lehrte sich die ganze Entrüstung gegen die parlamentarische Welt. Unter „Panamist“ verstand man ausschließlich einen Schachtpolitiker, der seine Stimme oder seinen Einfluss an die Panama-Gesellschaft verkaufte. Die Panama-Gründer, mit dem „großen Franzosen“ Ferdinand Lejeeps an der Spitze, sowie die in ihrem Dienst siemenden Journalisten hatten jene Auffassung aus begreiflichen Gründen verbreitet und im großen Publikum bestätigt. Hochstens gefielte man den Parlamentariern zu den universellen Gründern, Baron de Reinach, der im Beginn der gerichtlichen Periode des Standorts (November 1892) mit Selbstmord abgegangen war, und den nach England geflohenen Finanzräuber, Cornelius Herz, den Großoffizier der Ehrenlegion. Die Arbeiten der parlamentarischen Untersuchungskommissionen von 1893 und ganz besonders von 1897 haben über den Schwund absolut aufgedeckt und damit erst im wahren Lichte gezeigt.

Von den mehr als 1400 Millionen Franken, um welche Panama die halbe Million vertrauensseliger Kleinbürger beraubt hat, sind in die Taschen der Parlamentarier als solcher (gelegentlich des Votums über das Panama-Lobanleihe-Gesetz von 1888) einige wenige Millionen gewandert, ein kleines Trinkgeld, das den Gründern die bereits vorher zulammengesetzte Beute sichern sollte. Die Epargne der kleinen Panama-Teilhaber waren schon vor 1888 vergewaltigt von den Gründern, von den Submissions-Unternehmern, die fabelhohen Summen für nicht ausgeführte Arbeiten einsackten, von den Börsianern und Banquiers, den seinen und feinsten weltmännischen Kreisen und den einflussreichen Zeitungen. Alle Kräfte der Bourgeoisiewelt waren in einer kolossalen, korrupten und korrumptierenden Kellame-Agentur zusammengefasst, um den Gimpeln den Glauben an die goldenen Berge des Panama-Unternehmens beizubringen. Unter dem Druck der auf diese Weise „gemachten“ öffentlichen Meinung und der Interessen der kleinen Panama-Aktionäre kam dann auch das Lobanleihe-Gesetz zu stande, der Ursprung der politischen Panama-Affaire, nachdem die Gründer jahrelang stratos das Buchthaus mit dem Zettel gestreift hatten.

Der Bericht des sozialistischen Abgeordneten Bouquet hat, trotz der Vernichtung vieler Dokumente, ein packendes Bild von der korrumptierenden Macht der Gründer entworfen. Regierung, Parlament, hohe Verwaltungs- und Gerichtsbeamte waren auf diese oder jene Weise — durch allerlei Formen der Bestechung, durch die Furcht vor den irregeführten Wählern, durch Einschüchterungen oder Befürderungs-Gespräche — in den Dienst der Panama-Gesellschaft gewängt. Die Macht der Gründer war um so größer, als sie mit Panama eine Reihe anderer Unternehmen verknüpft, darunter den Südbahn-Schwundel, der zu einem Panama im Kleinen wurde...

Die gerichtliche Periode der Panama-Affaire hat die unglaubliche Nekrose der Exekutivewelt durch die Gründer und die Nekrose der Justiz durch die Exekutivewelt gezeigt. Und es ist wiederum ein sozialistischer Abgeordneter, René Viviani,

der im Bericht der Untersuchungskommission und dann in seiner Rede vom 30. März diese bedeutsamste Seite des Standorts atmenmäßig aufgedeckt hat.

Zunächst ließen Justiz und Polizei dem Baron de Reinach zwei Wochen Zeit, um die wichtigen Dokumente zu vernichten und „Selbstmord“ zu begehen. Darauf reiste der erwähnte Generalstaatsanwalt, L. de Beaurepaire, die Gründer, die Verwaltungsräte der Panama-Gesellschaft durch die Verjährung, und zwar durch einen prozessualischen Rechts-irrtum, den — wie Viviani, Jurist von Beruf, sagte — ein Student des ersten Semesters der juristischen Fakultät nicht hätte begehen können. Action, der Vertrauensmann Reinachs bei der Befestigungskampagne im Parlament, kann nicht nur unbekämpft ins Ausland fliehen, sondern er wird auch, nachdem ihm der Polizeiagent Dupas in Venedig erwischt hat, in Freiheit gelassen. Dieser Verfolgung durch ganz Europa war ein infames Kniff zur Beleidigung der öffentlichen Entrüstung. In Wirklichkeit suchte die Regierung ihm keine Papiere und kein Schweigen gegen Geld und gegen das Versprechen der Straflosigkeit abzuhandeln. Dupas handelte im ausdrücklichen Auftrag der Regierung, an deren Spiege damals abwechselnd Louvet, gegenwärtig Vorsitzender des Senats, und Ribot, bisher Abgeordneter und zukünftiger Minister, standen. Die erste Untersuchung gegen die verbüchtigen Parlamentarier (1893) endet unter diesen Umständen teils mit der Rettung der opportunistischen Grobpanamisten Bouvier, Jules Roche und Konforten durch den Untersuchungsrichter, teils mit der Freisprechung der dem Schwurgericht ausgelieferten kleinen Diebe. Nur der gesündige Boulaut büßt, wie erwähnt, für seine Naivität. Das schamloseste aber leistet das Kabinett Meline, indem es die Entnahmen des unter dem rohsten Ministerium Bourgeois ausgelieferten Action dazu benutzt, um die Panama-Affaire gerichtlich endgültig zu begraben. Der letzte Panama-Prozeß (Dezember 1897) mündet mit der allgemeinen Freisprechung enden, nachdem die Justiz das Kabinett Meline unter den von Action belasteten Parlamentariern eine parteielle Auswahl getroffen hatte, so daß gerade die am schwersten kompromittierten Regierungskreise unbehelligt blieben, während oppositionelle Abgeordnete, darunter mehrere moralisch und juristisch unanfechtbare Persönlichkeiten, vor das Schwurgericht geschleppt wurden.

Die Strafe für alle diese Verbrechen, eine Strafe, welche in der Geschichte schwerer wiegt als Gefängnis und Buchthaus, ist das einstimmige Votum der Resolution der Untersuchungskommission durch die Kammer und der öffentliche Antrag der Rede des sozialistischen Abgeordneten Viviani, sowie der Resolution.

Die Resolution lautet: „Die Kammer befauert, daß die Pflichtvergehenheit gewisser Gerichtsbeamten (L. de Beaurepaire) vom Beginn der Panama-Affaire an den Schuldigen Straflosigkeit gesichert hat; dergleichen befauert die Kammer das zu jener Zeit beobachtete Schweigen über die Entdeckung von verbrecherischen Handlungen, welche Gegenstand späterer Verfolgungen wurden (Südbahn-Affäre 1895, die einzige den Senator Wagner getroffen hat, während die übrigen Schuldigen, Gründer und Parlamentarier, stratos blieben); die Kammer fordert, daß im Ministerium des Innern Ende 1892 und Anfang 1893 vereinbarten Polizeimanöver (Louvet und Ribot), welche zur Folge hatten die Einleitung von Untersuchungen in Venedig zwischen einem zu diesem Zweck entsandten Sicherheitsagenten (Dupas) und einem gemeintrechtlich Angeklagten, der unter einem Verhaftungsbeschuß stand (Action); die Kammer fordert ferner die Einnahme und Teilnahme von Politikern an finanziellen Geschäften und Operationen, die mit den öffentlichen Gewalten in Verbindung stehen, und weist zurück die Befreiung, die der Regierung unter welcher Form immer durch einzelne Personen oder Gesellschaften erwiesen wird.“ (Die Spaltung der Scheinfonds zur Belästigung des Boulangs aus durch die Panama-Gesellschaft unter den Ministerien Künzler und Floquet 1897–1898.)

Doch diese Resolution, ein vernichtendes Urteil über die herrschende Rasse, ein stimmig votiert wurde, daß die Regierung kein Wort zur Bekämpfung der Resolution wolle, erhöht die Bedeutung derselben. Sie wird dadurch zugleich eine Selbstbekräftigung der korrupten Rasse. Doch härtert aber je für die herrschenden der Schlag des Votums (mit 311 gegen 174 Stimmen), betreffend den öffentlichen Antrag der sozialistischen Auflage- und Brandmarke-Gesetze. Es hat einen tiefen Sinn, daß die Sozialisten, die Leben der Bourgeoisie, vor dem ganzen Lande sicherlich als die Rächer des öffentlichen Gewissens proklamiert werden. Die sozialistische Partei hat das meiste gethan, um die Verluste der Arbeiten der zweiten Untersuchungskommission, wie das mit denen der ersten Kommission gelungen war, zu verhindern. Sie zieht nun auch den größten moralischen und politischen Nutzen davon. Am Vorabend der Wahlen verläßt sie das Parlament — noch Fourès Ausdruck — in einer Art Apotheose, welche ihr von den erbittertesten Gegnern bereitet worden ist, hat bereitst werden müssen — unter einem Ministerium, das seit zwei Jahren ausschließlich von der Ausbeutung des toten Gespenstes lebt und sich als der sachverständige Sozialistenbeträger gebeert.

Ostasiatische Vorgänge. Man muß sehr gespannt sein auf die offizielle Erklärung, welche die englische Regierung für heute in den ostasiatischen Angelegenheiten versprochen hat. Vorläufig kursieren verschleiertenartige Gerüchte. So heißt es, England werde von Wei-hai-wei i. S. ergriffen, nachdem China seine Kriegsentschädigung an Japan bezahlt haben wird. Nach der einen Meldung soll das im Einverständnis mit Japan geschehen, nach der anderen Variation aber soll in Japan im Gegen teil große Erbitterung gegen England herrschen. Ein endgültiger Verzicht Japans auf Wei-hai-wei zu Gunsten Englands, ohne sich eine Kompensation, wenn nicht in China, dann in Korea, zu verschaffen, wäre doch kaum annehmbar.

Werberufe
werden bis 6. April 1898
über breite Raum mit 10 M. bei
ca. 100000 bei mindestens 100000
Abbildung mit Kosten geschafft.
Werberufe mit 10 M. bei
ca. 100000 bei 100000
ab 100000 bis 100000
ab 100000 bis 100000

Erschließung:
Görbergasse Nr. 1.
Wochentags von morgens 8 bis
abends 11 Uhr.
Telefon: Unt. 1, Nr. 1799.
Schreibe möglich mit Telefonnummern
Ges. und Betriebe.

Bis die Dinge stehen, werden wir wohl morgen erfahren, ob Balfour für heute eine Auskunft auch in dieser Angelegenheit ver-

sprachen hat.

Schließlich bei dieser Sachlage sind folgende Neuhei-

ungen der „Nowoje Wremja“ anlässlich der im „Regierungsbogen“ veröffentlichten endgültigen Annahmen zwischen Russland

und China über Port Arthur und Taiwan:

Russland hat nunmehr weder das Recht, noch die Möglichkeit, daran zu zweifeln, daß Russland unter seinen Augen einen vollkommen klaren, bestimmten und festen Operationsplan im fernsten Osten durchführt. Wie erklären ganz offenkundig den europäischen Mächten, daß wir das an uns von China abgetretene Gebiet auf der Halbinsel Kavaniung fest besetzt haben, und nun wird es Europa selbst überlassen, sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die neue russische Erwerbung auch noch dem Weltmarkt zu Nutzen kommen wird.... In der Politik ist jede Unbestimmtheit, jede Zweideutigkeit immer schädlich. Die westeuropäischen Mächte, und vor allem England, wie auch Japan, leben jetzt ein, daß Russland einen unerschütterlichen, unveränderbar beschlossenen Plan seiner Festsetzung, im Interesse des Friedens und des Weltmarktes (siehe oben!), an den Küsten des stillen Ozeans befolgt. Solche Kenntnis muß als in jeder Beziehung nützbringend für die Ziele einer friedlichen Diplomatie, die wir unveränderbar befolgen, erachtet werden: hier gibt es keinen Platz mehr zum Spiel mit dem Feuer, und würde man es versuchen, so würde man sich nur die Finger verbrennen.“

Man sieht, die Sprachen des offiziösen diplomatischen Organs Russlands lädt an Unverständlichkeit nichts zu wünschen übrig. Um so mehr gespannt muß man darauf sein, welche Sprache man im englischen Unterhaus führen wird.

Neue Schutzpatrone für Herrn Hüle. Unter diesem Titel schreibt die „Hilfe“:

„Wir hatten mitgeteilt, daß die Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein Herrn Hüle mit 500 M. unterstützt habe. Wir haben aber zwischen erfahren, daß jene Unterstützung eine grundsätzliche Bedeutung hat. Die meisten preußischen Landwirtschaftskammern gestatten nämlich bishier als „corporative Mitglieder“ dem Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande an und es war deshalb nicht zu verwundern, wenn sich dieser Ausschuß, der sich nachdrücklicher Protestation des preußischen Landwirtschaftskammerverbands erfreut, in einem Rundschreiben an alle Landwirtschaftskammern um finanzielle Unterstützung seiner Befriedungen bat. Aber auf der letzten Konferenz des preußischen Landwirtschaftskammerverbands in Berlin, vor etlichen Wochen, entzog man sich unmittelbar vor Schluss der Verhandlungen, als die Stimmung schon mehr dem „frugalen Wahl“ als der ersten Arbeit zunahm, auf Abstimmung des Wohlfahrtspflege erklärte:

„Im Gegensatz zu einstigen, vom Parteigehirn beherrschten Be- strebungen vertreten wir die allgemeinen wasserländischen und städtischen Interessen. Wir stellen unverzüchtere Agitationen des praktischen Wirkens, die heitere Arbeit an der Erziehung des Volkes zur Selbstverwaltung und Selbsthilfe gegenüber.“

Stelleicht auch, weil in Übereinstimmung mit diesen Zielen das Organ des Ausschusses, „Das Land“, weniger den politischen Kampf gegen Sozialdemokratie und Sozialrevolutionäre, als gelegentlich den Kampf gegen Wohnungsmangel und Bildungsnot auf dem Lande führt. Auch und gut, der Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande und mit ihm das preußische Ministerium für Landwirtschaft wurde von dem Landwirtschaftskammerverbands abgeschnitten, und — Herr Hüle wird nun an protestiert. Der Unterstützungsbeschluß der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer wird bald von den anderen ebenso einstimmig gefasst werden.“

Herr Hüle bekommt also Geld in Hüle und Fülle!

Schröders Empfang in der Freiheit gestaltete sich zu einer glänzenden, imposanten Demonstration der klassenbewußten Arbeiterschaft für den „Meineidigen“. Als sich ihm am Sonntag Morgen um halb 8 Uhr die Thore des Buchthauses in Werden öffneten, empfing ihn eine ungähnliche Menschenmenge mit brausenden Hochrufen. Ein mit Tannengrün geschmückter offener Wagen nahm den Freigelassenen auf und unter fortwährenden Hochrufen der Menge, die den ganzen weiten Weg bis Eilen Spalier bildeten und dem Wagen folgte, während in Fenstern und Thüren die Neugierigen standen, ging es nach dem Ehemaligen Gewerkschaftshaus, dessen großer Saal sofort völlig überfüllt war. Der Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“, Hüse und der Kreisvertreter Ostampf feierten den in die Freiheit zurückgekehrten in warm empfundenen Ansprachen. Schröder dankte und erinnerte an die vorherigen Opfer des Meineidprozesses, die noch hinter Kerkermauern schnarchten. Ähnlich war der Empfang in Dortmund. Schröder ist etwas abgemagert und ergraut, er fühlt sich aber Körperlich wohl und ist ganz der Alte geblieben. In seiner Wohnung sind viele Telegramme aus den verschiedensten Gauen Deutschlands eingelaufen.

Der behördliche Kampf gegen die Polen arbeitet immer mehr in lächerliche aus. Heute wird aus Polen gemeldet: Die Polizeibehörden der Provinz untersagen den Verlauf von Uhren und Schnupftischen mit polnischem Reichsabzeichen und nationalen polnischen Insignien. — Das ist einfach lächerlich.

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Flottenpläne der österreichischen Marineleitung stoßen auf den Widerstand der beiderseitigen Finanzminister, die erklären, der geforderte Marinestrukturen bedroht das Gleichgewicht des Staatshaushalt beider Reichshäfen. In Folge dessen willigt der neue Marinachef Spaun bereits in die Verteilung des Krebs auf zehn statt fünf Jahre ein, doch dürfte trotzdem eine erhebliche Herabminderung der Gesamtforderung eintreten.

Die Wahrheit über die „Affäre Oberhaz“. Unter dieser Überschrift publiziert der „Siedler“ sensationelle Enthüllungen. Der